



Die Ankündigung von Präsident Trump, einen Strafzoll von 25 Prozent auf Autos und Autoteile zu erheben, hat die weltweite Automobilbranche aufgeschreckt. Die Aktienmärkte in Asien, Europa und den USA reagierten nervös, zahlreiche Autohersteller mussten Kursverluste hinnehmen. Trump droht nun sogar offen damit, gezielt die EU und Kanada zu bestrafen, falls diese gemeinsam Vergeltungsmaßnahmen ergreifen sollten.

Die Zölle sollen ab nächstem Donnerstag in Kraft treten und würden alle Autos sowie bestimmte Autoteile betreffen, die in die USA exportiert werden. Länder wie Mexiko, Japan, Südkorea und Kanada sind besonders betroffen – sie stehen für rund 75 Prozent aller Fahrzeugimporte der USA.

Damit steht Trumps eigenwillige Theorie zur Handelspolitik auf dem Prüfstand: Zölle sollen laut ihm Unternehmen dazu bringen, ihre Produktionsstätten in die USA zu verlegen – mit dem Ziel, mehr Jobs für Amerikaner zu schaffen. Ökonomen sehen das deutlich differenzierter und warnen vor schwerwiegenden Nebenwirkungen für die Weltwirtschaft.

Die Reaktionen ließen nicht lange auf sich warten: Mark Carney, Kanadas Premier, sprach davon, dass die USA „kein verlässlicher Partner“ mehr seien. Sein Land wolle bereits nächste Woche mit Gegenzöllen reagieren. In Deutschland, wo der Automobilsektor stark exportorientiert ist, forderte Wirtschaftsminister Robert Habeck eine klare Antwort der EU: „Es muss deutlich werden, dass wir uns nicht einschüchtern lassen.“

Vage Zukunft für die Ukraine nach dem Krieg

In Paris trafen sich europäische Staats- und Regierungschefs, um über einen französischen Vorschlag zu beraten: Eine sogenannte „Beruhigungstruppe“ soll helfen, einen möglichen Friedensprozess in der Ukraine abzusichern. Doch wie genau diese Truppe aussehen soll – das steht noch in den Sternen. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron sagte, viele Details seien noch nicht geklärt. Moskau indes lehnt das Konzept kategorisch ab.

Das Treffen folgte auf dreitägige, von den USA vermittelte Gespräche in Saudi-Arabien. Dabei konnten Russland und die Ukraine zumindest vorläufige Einigungen erzielen – etwa auf ein Ende der Angriffe auf Energieanlagen sowie auf ein Ende der Kämpfe im Schwarzen Meer. Allerdings: Die Vereinbarungen haben Haken.



Denn Russland stellt Bedingungen. Moskau fordert unter anderem die Aufhebung von Beschränkungen im Bereich Schifffahrt, Versicherungen und Banken, die die Agrarexporte des Landes massiv erschweren. „Russland möchte außerdem, dass die Sanktionen gegen die staatliche Agrarbank fallen und diese wieder an das internationale Zahlungssystem Swift angeschlossen wird“, erklärt Paul Sonne, Russland-Experte. Doch das setzt die Zustimmung europäischer Partner voraus – und genau die waren bei den Gesprächen in Saudi-Arabien außen vor.

Unmut gegen Hamas wächst - Proteste in Gaza nehmen zu

In Gaza hat sich etwas bewegt. Zum ersten Mal seit Beginn des Krieges im Jahr 2023 gehen Menschen offen auf die Straße – gegen die Herrschaft der Hamas und für ein Ende des Krieges. Zwar sind die Demonstrationen bisher eher klein, doch sie gelten als der deutlichste Ausdruck des Unmuts seit Langem.

Früher hat Hamas solche Proteste mit harter Hand zerschlagen. Diesmal ist das Bild ein anderes: Ihre Sicherheitskräfte halten sich auffallend zurück. Der Grund dürfte in der angespannten Lage liegen – zum einen wächst der Druck aus der Bevölkerung, zum anderen erschwert die ständige Bedrohung durch israelische Luftangriffe jede Reaktion.

Weitere wichtige Meldungen im Überblick:



- **Südkorea:** Verheerende Waldbrände haben bereits 88.000 Hektar Land verwüstet. Zwei buddhistische Tempel, die seit 1.000 Jahren bestehen, wurden zerstört. 37.000 Menschen mussten ihre Häuser verlassen, 27 Menschen kamen ums Leben.
- **Ägypten:** Vor der Küste des Roten Meeres sank ein U-Boot mit russischen Touristen. Sechs Personen starben, Rettungsteams konnten weitere Menschen aus dem Wasser retten.
- **Türkei:** Die BBC berichtet, dass ihr Journalist Mark Lowen in Istanbul festgenommen und abgeschoben wurde – nach seiner Berichterstattung über regierungskritische Proteste.
- **USA:** Eine Recherche der New York Times beleuchtet die wachsende Szene sogenannter „Pädophilanjäger“ – Internetaktivisten, die ihre Opfer in teils brutalen Videos bloßstellen.
- **Großbritannien:** König Charles III. wurde kurzzeitig im Krankenhaus behandelt, nachdem er Nebenwirkungen seiner Krebsbehandlung zeigte. Inzwischen ist er wieder zurück in seiner Londoner Residenz.
- **Frankreich:** Die Staatsanwaltschaft fordert sieben Jahre Haft für Ex-Präsident Nicolas Sarkozy. Ihm wird vorgeworfen, 2007 illegale Wahlkampfhilfe aus Libyen angenommen zu haben.
- **USA:** Ein Gericht hat Texas untersagt, eine Vorladung gegen eine Ärztin aus New York zu erlassen, weil sie einer texanischen Frau Abtreibungspillen verschrieben hatte.
- **Südsudan:** Vizepräsident Riek Machar wurde unter Hausarrest gestellt. Dieser Schritt bringt das ohnehin fragile Friedensabkommen des Landes ins Wanken.
- **Algerien:** Der französisch-algerische Schriftsteller Boualem Sansal wurde zu fünf Jahren Haft verurteilt – ein Urteil, das weltweit bei Kulturschaffenden Empörung auslöste.
- **Archäologie:** In Ägypten wurde südlich von Kairo ein gigantisches Grab entdeckt – vermutlich das eines bisher unbekannten Pharaos, etwa 3.600 Jahre alt. Und in England dürfen Archäologen endlich über bedeutende Funde aus der Eisenzeit sprechen, die sie seit 2021 ausgraben.
- **Soziale Medien:** Facebook plant ein neues „Freunde“-Tab, in dem Beiträge von Freunden und Familie im Fokus stehen – zurück zu den Wurzeln der Plattform also.